

# Pulsnitzer Tageblatt

Presssprecher 18. Tel.-Adr.: Tageblatt Pulsnitz  
Postfachkonto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und  
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

— — — **Erscheint an jedem Werktag** — — —  
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen, hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch die Post monatlich 2.60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in RM: Die 41 mm breite Beizeile (Moffe's Zeilenmesser 14) RM 0.25, in der Amtshauptmannschaft Starnitz RM 0.20. Amtliche Zeile RM 0.75 und RM 0.60. Reklame RM 0.60. Tabellarischer Satz 50% Aufschlag. — Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung. Bis 1/2 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortschaften des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. S., Großhirsdorf, Beetnig, Hauswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 19

Montag, den 23. Januar 1928

80. Jahrgang

## Das Wichtigste

Reichsverkehrsminister Schiele gab im Haushaltungsausschuß ein erschreckendes Bild von der Not der Landwirtschaft. In der Reichshauptstadt wurden in einer Nacht fünf schwere Diebstähle unternommen.

Im ganzen Oberschlesischen Industriegebiet ist ein außerordentlich starker Schneefall zu verzeichnen. Stellenweise liegt der Schnee bis zu 30 cm hoch. Der Eisenbahnverkehr kann nur mit außerordentlichen Verpätungen durchgeführt werden. Die Telefonleitungen sind teilweise zerbrochen.

Wie ein Berliner Blatt aus Flinsberg meldet, ist ein mit vier Personen besetztes Automobil von dem aus Greiffenberg kommenden Zuge erfasst und fast bis zum Bahnhof Friedeberg mitgeschleift worden. Von den vier Insassen wurden zwei getötet, während die beiden übrigen Bein- und Kopfwunden erlitten.

In Kobz (Polen) fand gestern eine Beratung der Textilindustriellen statt, in der beschlossen wurde, sämtliche Preise für Textilfabrikate wegen der Teuerung und der steigenden Löhne um acht bis zehn Prozent zu erhöhen.

Der Wiener Kaufmännische Gesangsverein hat einstimmig den Beschluß gefaßt, den Gesang des Deutschen Reiches, Graf Lerchenfeld, zum Ehrenmitglied zu ernennen.

Der dänische Motorschoner „Ellen“ ist in der Aarhus-Bucht mit gewaltigen Eisblöcken zusammengefahren und gesunken. Die Mannschaft konnte sich noch im letzten Augenblick im Rettungsboot retten.

Im Jahre 1930 soll in Kopenhagen unter dem Präsidium von Professor Nash ein internationaler Dermatologischer Kongress stattfinden. Der letzte derartige Kongress wurde im Jahre 1912 in Rom abgehalten.

## Arztliche und sächsische Angelegenheiten

**Pulsnitz.** (Lohnwäscheri.) Mitte dieser Woche wird die Erste Pulsnitzer Lohnwäscheri im Färbereigebäude des Grundstückes von Herrn M. Arthur Schöne (vorm. Schieblisch Pulsnitz N. S. Nr. 99 (Eingang auch Rietschelsstraße) eröffnet. Diese Tatfache ist besonders zu begrüßen, da Pulsnitz in dieser Beziehung anderen Städten noch nachsteht. Der Inhaber derselben ist auf diesem Gebiete vorgebildet und in größeren Wäschereien tätig gewesen. Das Waschen erfolgt nur mit guten Seifen ohne jedwede chemische Zutaten, im Beisein der Kunden. Alles Nähere ist aus dem heutigen Inserat zu ersehen.

(Gewerbehygienischer Lehrgang im Textiltgewerbe.) Die Gewerbeakademie Dresden veranstaltet in der Zeit vom 1. bis 4. Februar 1928 einen Fortbildungslehrgang für Berufs- und Fachschullehrer über Gewerbehygiene im Textiltgewerbe in der höheren Fachschule für Textilindustrie in Chemnitz. Neben gewerbehygienischen Vorträgen werden insbesondere Unfallverhütungen, Arbeiterschutz und Gesundheitspflege der Jugendlichen behandelt. Auswärtigen Teilnehmern wird neben dem Jahrgeld 3. Klasse eine bare Beihilfe zu den Unterhaltungskosten gewährt. Gesuche um Zulassung sind beim Bezirksschulrat jedes Bezirks einzureichen. Die endgültige Auswahl der Teilnehmer behält sich das Ministerium für Volksbildung selbst vor.

(Hausgeld für uneheliche Kinder.) Nach § 186 der Reichsversicherungsordnung ist ein Hausgeld für die Angehörigen zu zahlen, wenn Krankenhauspflanze einem Versicherten gewährt wird, der bisher von seinem Arbeitsverdienste Angehörige ganz oder überwiegend unterhalten hat. In Anbetracht der neueren Rechtsentwicklung hat der Große Senat des Reichsversicherungsamtes entgegen einer früheren Entscheidung nunmehr zum Ausdruck gebracht, daß als Angehörige im Sinne des § 186 RVO. auch uneheliche Kinder gelten, wenn die Vaterschaft des Versicherten festgestellt ist. Bereits in der Reichsversammlung ist im Art. 121 bestimmt, daß den unehelichen Kindern durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche, seelische und gesellschaftliche Entwicklung zu schaffen sind wie den ehelichen. In der neueren Gesetzgebung ist diese Gleichstellung schon des öfteren erfolgt. Eine Sonderstellung der unehelichen Kinder in der Sozialversicherung wäre deshalb nicht zu rechtfertigen.

(Wer gilt als Kleinrentner?) Auf diese aus den beteiligten Kreisen in der letzten Zeit vielfach erbobene Frage erweist die Woblfabrik-Korrespondenz die folgende ihr von zuständiger Stelle zugegangene Auskunft: Die besondere Stellung der Kleinrentner in der öffentlichen Fürsorge beruht reichsgesetzlich auf den Grundsätzen über Voraussetzung, Art und Maß der öffentlichen Fürsorge vom 4. Dezember 1924 (Reichsgesetzblatt I, S. 765 ff.). Dort

## Fortsetzung der großen politischen Aussprache

Reichsverkehrsminister Dr. Koch über die politischen Ziele — Dr. Scholz über die Frage des Einheitsstaates  
Dr. Curtius für Neuwahlen im Mai

### Beinahe Sturm.

Angelehnt der Unstimmigkeiten im Zentrum und der Gegenseite Marx, Guérard, Stegerwald, Ambusch sah man im Reichstag am Sonnabend mit besonderer Spannung der angekündigten Rede des Herrn von Guérard vom Zentrum entgegen. Herr von Guérard war vorsichtig. Seine Erklärung über die Stellung des Zentrums in der Koalition gab weder rechts noch links zu besonderer Deutung Anlaß. Einen kleinen Hieb mußte der Kanzler allerdings doch einstecken, indem Herr von Guérard erklärte, offensichtlich an der letzten Rede des Reichskanzlers Kritik übend, daß das Zentrum nach wie vor zur Weimarer Verfassung stehe.

Bis hierhin ging alles ganz ruhig zu. Lebhaft, ja, fast stürmisch — etwa Windstärke 9 — wurde die Sitzung erst, als nach einer Rede des Kanzlers von links aufgeregte Rufe „Reubell“ erklangen. Die Sozialdemokraten, die Demokraten und das Zentrum verlangten, daß der Innenminister sich zu seiner Rede beim Pommerischen Landbund äußerte, wo er gelang haben soll, er wolle lieber bei den Pommerischen Landwirten, als sich im Reichstag persönlich die Vorwürfe gegen ihn anzuhören. Herr von Reubell antwortete, nachdem alle Redner des Programms gesprochen hatten.

### Fortsetzung der großen politischen Aussprache

Deutscher Reichstag, 364. Sitzung, Sonnabend, 21. Januar.

Im Reichstag wurde am Sonnabend die große außenpolitische Aussprache mit der Angelegenheit der innerpolitischen Lage mit begreiflicher Spannung erwartet. Rede des Vorsitzenden der Zentrumsfraktion, Abgeordneten von Guérard, fortgesetzt.

Der Abgeordnete von Guérard begann dann seine Rede mit der Erklärung, daß auch seine Fraktion Auffassung über das Auftreten des Reichsinnenministers verlangen müsse. Er behandelte dann sehr eingehend den Etat und brachte zum Ausdruck, daß auch das Zentrum dem Haushalt mit einer gewissen Skepsis gegenüberstehe. Abg. von Guérard kam dann auf die innerpolitische Lage zu sprechen und erklärte über die Haltung des Zentrums

folgendes:

Das Zentrum stehe zwischen den Deutschnationalen und den Sozialdemokraten. Das Zentrum bleibe durchaus selbstständig nach allen Seiten und lasse sich den politischen Wind weder durch eine koalitionsmäßige Liebe noch durch die notwendige Abneigung gegen die Opposition treiben. Auf volle Freiheit der Entscheidung habe das Zentrum bei aller Loyalität in der Koalition immer gehalten.

Der Abgeordnete von Guérard beschäftigte sich dann weiter mit der Lage der besetzten Gebiete und der Grenzgebiete, für die eine weitgehende Unterstützung durch das Reich notwendig sei. Diese Unterstützung müsse aber im Einvernehmen zwischen Reich und Preußen gelöst werden, das in letzter Zeit mehrfach gefordert worden sei. Es sei doch nicht notwendig, daß der preussische Ministerpräsident, wenn er sich auf den Weg zum Reich mache, Wassertriefel anziehe. Es sei dem Zentrum aber unverständlich, daß das Reich noch immer den Anspruch auf den preussischen Sitz im Verwaltungsrat der Reichsbahn erhebe. Das Zentrum könne auch die Depesche des Reichsinnenministers an die Studentenschaft nicht billigen. Diese Depesche sei ein Aufbruch des Reichsinnenministers und nicht irgendeines Herrn von Reubell gewesen. Eine gewisse Zurückhaltung der an vorderster Stelle stehenden Repräsentanten des Volkes in Reich und Ländern sei überhaupt der Wunsch des Zentrums. Diesen Wunsch richte er — und diese Worte wurden im Reichstag mit einem gewissen Erstaunen aufgenommen — auch an den Herrn Reichstagspräsidenten. Weiter beschäftigte sich der Abgeordnete von Guérard mit der Länderkonferenz. Der Gedanke des Föderalismus werde vom Zentrum nicht so aufgefaßt, daß alles, was besteht, erhalten bleiben müsse.

Sehr stark beachtet waren die Äußerungen Guérards über die Stellung des Zentrums zur Republik.

Er führte wörtlich aus: „Die deutsche Republik, zu der wir stehen, marschiert. Ich darf betonen, daß die Zentrumsfraktion geschlossen zur Weimarer Verfassung steht und in der deutschen Republik die Staatsform erblickt, auf deren Grundlage allein der Wiederaufstieg des deutschen Volkes erreicht werden kann.“

Dann erhob sich

Reichskanzler Dr. Marx.

Er nahm zu der angechnittenen Frage über den Verwaltungsrat

der Reichsbahn Stellung und erklärte, die Frage sei politisch und juristisch schwierig. Der Staatsgerichtshof habe ein Feststellungs-urteil erlassen. Das Urteil gebe keinen Weg an, wie man das Ziel erreichen soll. Die Reichsregierung habe keinen Weg gefunden, den preussischen Wunsch, die durch Dr. Luther besetzte Stelle freizumachen, zu erfüllen. Auffassung der Reichsregierung sei es, daß bei preussischem Anspruch auch die übrigen sogenannten Eisenbahnländer Bayern, Württemberg und Sachsen Ansprüche hätten. Die ganze Sache sei überhaupt nicht geeignet, im Plenum verhandelt zu werden. Als der Kanzler endete, erklangen stürmische Rufe von links „Reubell!“ Der Reichskanzler erwiderte darauf, der anwesende Herr v. Reubell werde selbst auf die gegen ihn erhobenen Vorwürfe antworten.

Der Demokrat Dietrich-Baden erklärte, es würde unerhört sein, wenn Herr v. Reubell tatsächlich in Stettin die ihm vorgeworfenen Äußerungen getan hätte. Er könne das nicht glauben, da Herr v. Reubell Mitglied des Reichstages sei.

Auch Dietrich-Baden beschäftigte sich eingehend mit dem Problem der Neuordnung von Reich, Ländern und Gemeinden. Die Demokratische Partei sei von Anfang an führend gewesen. Dietrich will die Länder in Reichsprovinzen umwandeln.

Nach dem demokratischen Redner antwortete

Reichsinnenminister von Reubell

auf die sozialdemokratischen Angriffe. Er erklärte, daß er es angeht der großen Notlage der Landwirtschaft für notwendig gehalten habe, selbst an der Sitzung des Pommerischen Landbundes in Stettin teilzunehmen. Seine Äußerung sei aus dem Zusammenhang gerissen und nicht richtig wiedergegeben worden. Eine Verächtlichmachung des Reichstages, dem er selbst angehöre, habe ihm durchaus ferngelegen. Auf Vorwürfe des Abg. Severing erwiderte der Minister, daß er die Kürzung des Fonds zur Bekämpfung des Alkoholmißbrauchs im Etat gleichfalls bedauere. Die Mittel für die Ostmark seien auf keinen dringenden Wunsch bereits im Nachtragsetat aufgenommen worden.

Der Führer der Wirtschaftlichen Vereinigung, Drewitz, nahm die Finanzpolitik des früheren Finanzministers v. Schlieben gegen Angriffe der Linken in Schutz.

### Reichsverkehrsminister Dr. Koch über die politischen Ziele.

**Kiel.** Auf der Reichsgründungsfeier, die die Deutsche Volkspartei am 22. Januar 1928 in Kiel veranstaltete, sprach Reichsverkehrsminister Dr. Koch über die Ziele unserer heutigen Politik. Er betonte u. a., daß es das selbstverständliche Ziel unserer Außenpolitik sein muß, die formale Gleichberechtigung, die man uns innerhalb der Organisation des Völkerbundes zugesagt, zu einer wahren Freiheit und Gleichberechtigung unter den Völkern auszugestalten. Auch diejenigen, die das parlamentarische System nicht billigen, so führte Dr. Koch aus, müssen erkennen, daß man neue politische Verhältnisse nur auf dem Wege über die Parteien durchsetzen kann. Notwendig ist vor allem auch eine soziale Befriedigung. Dazu gehört, daß der Arbeitnehmer sich auch im Staat ein maßgeblicher Platz eingeräumt wird. Arbeitgeber und Arbeitnehmer müssen erkennen, daß sie weitgehend gemeinsame Interessen haben.

### Dr. Scholz über die Frage des Einheitsstaates

**Berlin, 22. Januar.** Auf der gestrigen Reichsgründungsfeier der Berliner Arbeitsgemeinschaft der Deutschen Volkspartei hielt Reichsminister Dr. Scholz, der Vorsitzende der Volkspartei im Reichstag, die Festrede, in der er das Werk Bismarcks würdigte und ihn als den größten Realpolitiker aller Zeiten bezeichnete. Dr. Scholz wies darauf hin, daß, wenn im Jahre 1919 auf der Seite unserer Gegner ein Mann von dem staatsmännischen Weisheitsblick Bismarcks gewesen wäre, ein Frieden von Versailles, den man mit Recht als die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln bezeichnet haben, nicht möglich gewesen wäre. Uebergehend zu den innerpolitischen Fragen der Gegenwart erklärte der Redner, daß die Befreiungen nach einer einheitlicher Gestaltung des Reiches kaum jemals an der bundesstaatlichen Eigenart des Reiches vorbeigehen könnten. Die Verwirklichung des Einheitsstaates sei nicht möglich ohne eine gewisse Dezentralisation. Man könne auch der Meinung sein, daß eine Revision des Reichsfeuersteuersystems notwendig sei. Der Redner glaubt, daß man einmal dahin kommen wird, etwa dem Reich die indirekten Steuern, den Ländern und Gemeinden die direkten Steuern zu überlassen, weil auf diesem Wege das unerträgliche Dotationsystem ein Ende fände.

